



STARK IM WIR

Die DMB-Zukunftsagenda 2030

10 Handlungsfelder für einen starken Mittelstand

Einleitung

Die deutsche Wirtschaft steckt in einer **tiefgreifenden Strukturkrise: Sinkende Investitionen, steigende Insolvenzen** und **zurückgehende Wirtschaftskraft** zeichnen ein alarmierendes Bild: Im Jahr 2024 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um (voraussichtlich) 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr geschrumpft ([Ifo](#)). Damit tritt die deutsche Wirtschaft seit nunmehr fünf Jahren auf der Stelle. Die **Zahl der Unternehmensinsolvenzen** erreichte mit 22.400 Fällen einen Anstieg von 24,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – den höchsten Stand seit 2015 ([Creditreform](#)). Die **Investitionstätigkeit stagniert**.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die **60 Prozent der Arbeitsplätze** und **80 Prozent der Ausbildungsplätze** sichern, stehen unter massivem Druck: Überbordende Bürokratie, Fachkräftemangel, unsichere und hohe Energiepreise und ein überholtes Steuersystem bremsen die Unternehmen aus. Gleichzeitig stemmen KMU die **digitale Transformation**, die **Klimaneutralität** und den **demografischen Wandel** – zentrale Herausforderungen, für die klare politische Weichenstellungen fehlen. Diese Entwicklungen sind keine vorübergehende Schwäche. Sie markieren eine **Strukturkrise**, die Stabilität und Wohlstand in Deutschland gefährdet. Der Mittelstand muss gezielt gestärkt werden, um die Transformation zu meistern und die deutsche Wirtschaft aus der Krise zu führen.

Die **DMB-Zukunftsagenda 2030** bietet klare Lösungen für diese Herausforderungen. Mit **10 konkreten Handlungsfeldern** zeigt sie auf, wie der Mittelstand durch **Entlastung, Vereinfachung** und **passgenaue Förderung** unterstützt werden kann – für wirtschaftliche Stabilität, nachhaltiges Wachstum und ein starkes Deutschland.

Inhalt

1. Schuldenbremse reformieren: Zukunftsinvestitionen ermöglichen	4–5
2. Steuern und Finanzen: Wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung	6–7
3. Bürokratieabbau, aber richtig: Weniger Hürden, mehr Dynamik	8–9
4. Energiekosten senken, Energiewende sichern	10–11
5. Turbo für die Digitale Transformation zünden	12–13
6. Fördern und Fordern: Arbeitsmarktpotenziale besser nutzen	14–15
7. Sozialversicherung: Beitragslast senken, Systeme modernisieren	16–17
8. Bildung und Qualifikation: Die nächste Generation sichern	18–19
9. Handel: Zugang zu globalen Märkten in turbulenten Zeiten sichern	19–20
10. Unternehmensnachfolge und Gründung: Prozesse modernisieren, Zukunft sichern	21–22
Fazit	24

1 **Schuldenbremse reformieren:** Zukunftsinvestitionen ermöglichen

Die Schuldenbremse darf keine Investitionsbremse sein. Ohne gezielte Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung, Verteidigung, Klimaschutz und Digitalisierung wird Deutschland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel setzen.



Die DMB-Forderungen:

- Eine **Reform der Schuldenbremse** ist unumgänglich, um notwendige Modernisierungsschritte zu finanzieren und zugleich Haushaltsdisziplin und Sparsamkeit zu wahren.
- **Einführung eines Zukunftsbudgets:** Ein separates Budget für gezielte Investitionen. Dieses Zukunftsbudget muss aus der Berechnung der Schuldenbremse ausgenommen werden, um Handlungsspielraum zu schaffen.
- **Langfristiger Nutzen der Investitionen:** Geförderte Projekte müssen **nachhaltig positive Effekte** auf den Arbeitsmarkt, die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft haben.
- **Verknüpfung von Haushaltsdisziplin mit Investitionszielen:** Klar definierte und überprüfbare Investitionsziele bieten dem Mittelstand die nötige **Planungssicherheit**, um langfristig zu investieren und zu wachsen.

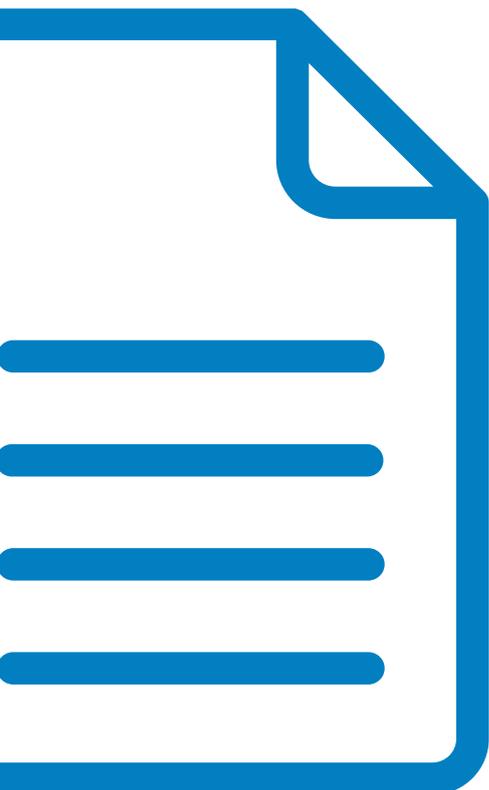


Der DMB-Standpunkt:

Zukunftsinvestitionen sind die Grundlage für Wachstum und Wohlstand – eine neue Bundesregierung muss jetzt die Weichen stellen, um Deutschland fit für die kommenden Jahre zu machen.

2 Steuern und Finanzen: Wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung

Deutschland zählt mit einer nominalen Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften von rund 29,9 Prozent zu den Hochsteuermächtern im Vergleich zu anderen G7-Staaten, wie den USA (25,8 Prozent) und Frankreich (25,8 Prozent). Die hohe Steuerlast gefährdet die internationale Wettbewerbsfähigkeit, hemmt Investitionen und belastet besonders kleine und mittlere Unternehmen. Eine modernisierte Steuerpolitik muss Anreize schaffen, statt Wachstum zu bremsen.



Die DMB-Forderungen:

- **Schrittweise Senkung der Unternehmenssteuer:** Reduzierung der Gesamtbelastung auf **25 Prozent** zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Förderung von Investitionen. Die **Körperschaftsteuer**, die derzeit bei 15 Prozent liegt, soll über **fünf Jahre** jährlich um einen Prozentpunkt gesenkt werden, bis sie **10 Prozent** erreicht.
- **Einführung einer Investitionsprämie:** Unternehmen, die in den Standort Deutschland investieren, sollen eine **Prämie in Höhe von 10 Prozent des Investitionsvolumens** erhalten, um Innovationen und Wachstum anzuregen.
- **Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags:** Der Solidaritätszuschlag, ursprünglich zur Finanzierung der Wiedervereinigung eingeführt, ist nicht mehr zeitgemäß und muss vollständig abgeschafft werden. Dies schafft Entlastung für Unternehmen und erhöht deren finanzielle Spielräume.
- **Verhinderung der Wiedereinführung der Vermögensteuer:** Eine Vermögenssteuer würde ein **Bürokratiemonster** schaffen und mehr kosten als nutzen – und den Mittelstand in der aktuellen Wirtschaftslage zusätzlich belasten.
- **Anhebung der Thesaurierungsbegünstigung:** Steuerliche Vorteile für **nicht ausgeschüttete Gewinne** müssen ausgeweitet werden, um die **Eigenkapitalbildung** in mittelständischen Unternehmen zu fördern und deren finanzielle Stabilität zu stärken.



Der DMB-Standpunkt:

Eine moderne und wettbewerbsfähige Steuerpolitik ist der Schlüssel zu Wachstum, Innovation und Stabilität. Deutschland muss jetzt handeln, um seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort nicht zu verlieren.

3 Bürokratieabbau, aber richtig: Weniger Hürden, mehr Dynamik

Bürokratie bremst den Mittelstand. Kleine und mittlere Unternehmen leiden überproportional unter einem überbordenden bürokratischen Aufwand, der wertvolle Ressourcen bindet und Innovationskraft hemmt. 80 Prozent der DMB-Mitglieder nennen Bürokratie als ihre größte Belastung im Geschäftsalltag ([DMB-Mittelstandsindex 24/25](#)). Um Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zu sichern, sind eine radikale Vereinfachung sowie kreative und pragmatische Ansätze notwendig.



Die DMB-Forderungen:

- **Echter Bürokratieabbau für KMU:** Der bürokratische Aufwand für kleine Unternehmen muss deutlich verringert werden. Dies kann nur durch konsequente **Entbürokratisierung** durch das Prinzip „one-in, two-out“ und schnell umsetzbare **Ausnahmeregelungen für KMU** erreicht werden.
- **Silver-Plating-Gesetz:** Bei der Umsetzung europäischer Regelungen in nationales Recht darf keine zusätzliche Überregulierung für KMU entstehen. Ein solches Silver-Plating-Gesetz soll übermäßige nationale Anforderungen in Deutschland auf den Prüfstand stellen. Entstehen durch eine Überregulierung unsachgemäße bürokratische Belastungen für KMU, sind diese auf das entsprechende Mindestmaß zu deregulieren.
- **Mittelstands-Bürokratiepakt:** Ein verpflichtender Pakt soll bestehende bürokratische Anforderungen regelmäßig auf ihre **Notwendigkeit und Wirksamkeit** überprüfen und veraltete Vorgaben abbauen.
- **KMU-Online-Behördenschalter:** Einführung eines zentralen digitalen Portals, das alle behördlichen Anforderungen bündelt und standardisiert sowie Prozesse automatisiert. Das spart Zeit und reduziert Aufwand.
- **Vereinheitlichung und Vereinfachung von Förderprogrammen auf Bundes- und Landesebene:** Durch die **Harmonisierung der Förderstrukturen** im föderalen System lassen sich Bürokratie abbauen und Verwaltungsaufwand reduzieren. Gleichzeitig können eingesparte Mittel gezielter in **KMU-Förderung** für Wachstum und Innovation fließen.
- **KMU-Check für Gesetze und Verordnungen:** Alle neuen Gesetze und Verordnungen müssen verpflichtend auf ihre **Mittelstandstauglichkeit** überprüft werden. Dies stellt sicher, dass neue Vorschriften praxisnah und umsetzbar bleiben.
- **Vereinfachung von Genehmigungsverfahren:** Planungs- und Genehmigungsprozesse müssen durch **digitale Plattformen** beschleunigt und auf **Bundes-, Landes- und Kommunalebene** standardisiert werden.
- **Berichtspflicht für die Regierung ausweiten:** Einführung einer jährlichen Berichtspflicht, in der die Bundesregierung dokumentiert, wie mittelstandsfreundlich ihre Politik umgesetzt wurde. Transparenz schafft Vertrauen.
- **Europäische Berichtspflichten reduzieren:** Deutschland muss sich in Brüssel aktiv für die Abschaffung der **EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung** sowie der bürokratischen Pflichten aus der **EU-Lieferkettenrichtlinie** einsetzen.
- **Kreative Anreize für den Bürokratieabbau schaffen:** Kreative Ansätze zum Bürokratieabbau sollen in Modellregionen erprobt werden. Denkbar wären zum Beispiel die Einführung einer **Genehmigungsfiktion**, bei der Anträge automatisch als genehmigt gelten, wenn Verwaltungsentscheidungen nicht fristgerecht erfolgen; ein „**Bürokratie-Rückbau-Wettbewerb**“ für Behörden, die den größten Abbau von Pflichten erreichen; sowie **verpflichtende Bürokratie-Reduktionsziele**, die jährlich konkrete Fortschritte bei der Entlastung von KMU liefern und transparent kommuniziert werden.



Der DMB-Standpunkt:

Deutschland braucht Mut zu weniger Bürokratie und für mehr Dynamik. Ein echter Bürokratieabbau kombiniert mit kreativen Anreizen, digitalen Lösungen und mittelstandsgerechten Gesetzesprüfungen schafft die nötige Dynamik für den Mittelstand. Weniger Hürden bedeuten mehr Zeit für Innovation, Wachstum und Arbeitsplätze.

4 Energiekosten senken, Energiewende sichern

Der deutsche Mittelstand bekennt sich zu Energiewende und Klimaneutralität als notwendige Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Doch der Weg dorthin darf nicht zu Wettbewerbsnachteilen und Überforderung der Unternehmen führen. Angesichts der akuten Belastung durch hohe Energiekosten braucht es kurzfristige Entlastungen, während langfristig klare Investitionsanreize den Weg zur Klimaneutralität ebnen müssen.

Die kurzfristigen DMB-Forderungen:

- **Befristete Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß:** Sofortige Entlastung durch Reduzierung der Stromsteuer auf das EU-Mindestniveau.
- **Reduktion der Netzentgelte:** Eine **Senkung** der Netzentgelte entlastet KMU unmittelbar.
- **Private Investitionsanreize schaffen:** Steuerliche Sonderabschreibungen oder Investitionsprämien für KMU, die in **kurzfristige Energieeinsparmaßnahmen** oder eigene erneuerbare Energieerzeugung (z. B. Photovoltaik) investieren.
- **Strompreisdeckel für energieintensive KMU:** Stabilisierung der Gewerbe- und Industriestromtarife durch einen befristeten **Strompreisdeckel**.
- **Schnelle Energieeffizienz-Boni:** Unbürokratische Zuschüsse für **niedrigschwellige Maßnahmen für Energieeffizienz** oder **Energieberatungen**.



Die DMB-Forderungen für die Energiewende:

- **Erweiterte öffentliche Berichtspflichten mit praxisnahen Rechenbeispielen:** Einführung eines **jährlichen Fortschrittsberichts**, der nicht nur den Stand des Ausbaus erneuerbarer Energien dokumentiert, sondern auch **konkrete Ziele** und **Prognosen zu den Auswirkungen auf die Energiepreise** für mittelständische Unternehmen enthält. Solche praxisnahen Berichte schaffen Transparenz, Akzeptanz und Planungssicherheit für Unternehmen und unterstreichen die wirtschaftlichen Vorteile einer ambitionierten Energiewende.
- **Einführung eines KMU-Innovationsfonds:** Ein zielgerichteter Fonds soll Investitionen in **nachhaltige Technologien** und **klimafreundliche Produktionsprozesse** fördern. Der Fokus liegt auf praxistauglichen Lösungen, die KMU beim Umstieg auf ressourcenschonende Verfahren unterstützen und so langfristig Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz verbinden.
- **Steuerliche Vergünstigungen für Energieeffizienz und CO₂-neutrale Prozesse:** Unternehmen, die in energieeffiziente Maßnahmen und CO₂-neutrale Produktionsmethoden investieren, sollen durch **steuerliche Sonderabschreibungen** oder **direkte Förderungen** entlastet werden. Dies beschleunigt den Umstieg auf klimafreundliche Technologien und reduziert laufende Betriebskosten nachhaltig.
- **Aufbau eines digitalen Marktplatzes für Ressourcentechnologien:** Ein zentraler, digitaler Marktplatz soll **KMU, Start-ups und Technologieanbieter** vernetzen, um innovative Ressourcentechnologien zugänglich zu machen. Dadurch können Unternehmen schneller geeignete Partner und Lösungen finden, um ihre Prozesse effizienter und nachhaltiger zu gestalten.
- **CCS- und CCU-Infrastrukturen ausbauen:** Der gezielte Ausbau von CO₂-Abscheidungs- und Speichersystemen (CCS) sowie Nutzungsverfahren (CCU) soll besonders prozessbedingte Emissionen in energieintensiven Branchen wie der Kalk-, Stahl- und Zementindustrie reduzieren. Um wirksame Klimaschutzmaßnahmen nicht zu konterkarieren, soll dies nur bei Prozessen angewendet werden, bei denen der Ausstoß von CO₂ derzeit technisch noch unvermeidbar ist.
- **Mehr steuerliche und finanzielle Anreize für Eigenenerzeugung:** Unternehmen, die Strom aus **erneuerbaren Energien** über eigene Anlagen erzeugen, sollen durch **steuerliche Vergünstigungen** oder **finanzielle Prämien** unterstützt werden. Dies schafft Anreize für Investitionen in Photovoltaik, Solarthermie oder Kleinwindkraft im Gewerbebereich.
- **Instrumente für förderfreie EE-Nutzung stärken:** Der Ausbau von **Power Purchase Agreements (PPA)** – langfristigen Stromlieferverträgen zwischen Produzenten und Abnehmern – muss erleichtert werden. PPAs bieten Unternehmen planbare Stromkosten und ermöglichen den marktwirtschaftlichen Zubau bzw. Weiterbetrieb von erneuerbaren Energien auch ohne staatliche Förderung.

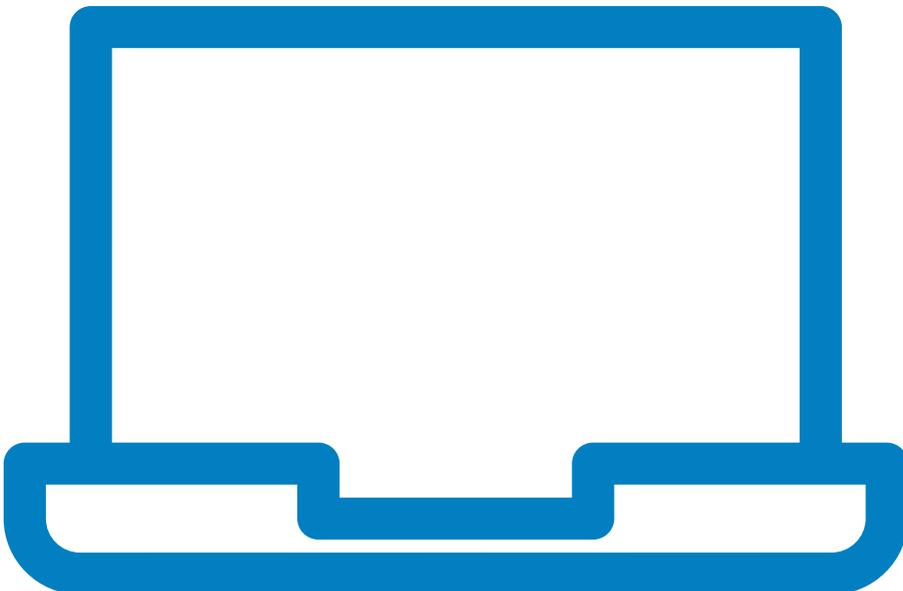


Der DMB-Standpunkt:

Der DMB bekennt sich klar zur **Energiewende** und sieht in der Klimaneutralität eine **Chance für nachhaltiges Wachstum und technologische Innovation** in Deutschland. Eine **Abkehr vom Ziel der Klimaneutralität und den Anstrengungen auf dem Weg dorthin** wäre **fahrlässig** und würde die **Wettbewerbsfähigkeit** sowie **Planungssicherheit** gefährden. Was **jetzt zählt**, sind **kurzfristige Entlastungen** bei den **Energiekosten**, gepaart mit **langfristigen Investitionsanreizen**. So sichern wir **Planungssicherheit, Innovationskraft** und die **Zukunft des deutschen Mittelstands**.

5 Turbo für die Digitale Transformation zünden

Eine zuverlässige digitale Infrastruktur und klare Leitlinien zur Integration neuer Technologien sind essenziell, damit Deutschland in den nächsten Jahren international wettbewerbsfähig bleibt. Der Mittelstand braucht nicht nur Unterstützung und Förderung, sondern auch einen modernen Staat, der selbst als Transformationsmotor agiert und durch effiziente, digitale Verwaltungsprozesse zum Dienstleister für Unternehmen wird.



Die DMB-Forderungen:

- **Etablierung der digitalen Transformation als Regierungspriorität im Kabinettsrang:** Es muss ein eigenständiges **Digitalministerium** geschaffen werden, das alle Digitalprojekte ressortübergreifend leitet. Ein solches Ministerium sorgt für klare Verantwortlichkeiten und beschleunigt die Umsetzung einer einheitlichen Digitalstrategie. Noch wichtiger als diese Formalität ist jedoch, dass damit ein **Antreiber der digitalen Transformation** in einem Ressort geschaffen wird, welcher die tatsächliche Digitalisierung Deutschlands als Regierungspriorität voranbringt.
- **Stärkung der mittelständischen IT-Sicherheit:** Angesichts der **zunehmenden Cyber-Bedrohungen** benötigen KMU finanzielle Unterstützung zur Absicherung ihrer IT-Systeme sowie praxisnahe Schulungen. Staatliche Institutionen müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen und ihre eigenen **IT-Strukturen modernisieren**.
- **Etablierung Deutschlands als KI-Standort:** Deutschland muss gezielt in **Künstliche Intelligenz (KI) investieren**, um als Innovationsstandort wettbewerbsfähig zu bleiben. Start-ups und KMU benötigen gezielte Förderung und Unterstützung bei der **Integration von KI in Geschäftsprozesse**. Desweiteren bedarf es eines schlanken, aber klaren **Rechtsrahmens**, um Vorbehalte bei der Entwicklung von KI-Innovationen auszuschließen.
- **Vollständige Digitalisierung der Verwaltung und Nutzung von KI:** Die öffentliche Verwaltung muss sich zum digitalen Dienstleister für Unternehmen entwickeln. Alle **behördlichen Prozesse** müssen bis Ende der Wahlperiode vollständig digitalisiert und nahtlos **online verfügbar** sein. KI sollte bei repetitiven Aufgaben eingesetzt werden, um **Genehmigungsverfahren zu beschleunigen** und **Bearbeitungszeiten zu verkürzen**. Der Staat darf den Mittelstand nicht durch ineffiziente Prozesse bremsen, sondern muss ihn gezielt unterstützen.
- **Ausbau der digitalen Infrastruktur:** Der vollständige **Glasfaserausbau** bis 2030 für alle Haushalte und Unternehmen ist eine zentrale Voraussetzung. Parallel dazu muss der **flächendeckende Ausbau von 5G** abgeschlossen werden, um ländliche Regionen zu erschließen und die digitale Teilhabe sicherzustellen.
- **Förderung der digitalen Souveränität Europas:** Aufgrund der aktuellen weltpolitischen Lage müssen Staat und Verwaltung gemeinsam mit Unternehmen auf eine Vertiefung der europäischen Gesellschaft setzen. Dafür bedarf es einer **Europäisierung** der **digitalen Infrastrukturen**, Plattformen und **Cloud-Dienste**, um Abhängigkeiten zu reduzieren.
- **Datenschutzrechtliche Hürden** innerhalb Deutschlands sind abzubauen, um digitale Prozesse einheitlich und effizient zu gestalten. Damit Unternehmen mehr Daten nutzen können, sind **Open-Data-Plattformen** auszubauen. Gleichzeitig muss im KI-Zeitalter Rechtssicherheit bei der Datennutzung gewährleistet und präzisiert werden.
- **Einführung einer KMU-Digitalplattform:** Eine zentrale KMU-Digitalplattform soll kleinen und mittleren Unternehmen Zugang zu **digitalen Tools**, praxisnaher Beratung und Schulungsangeboten bieten. Der Staat kann hier als **Mittler und Unterstützer** auftreten und Unternehmen beim digitalen Wandel begleiten.



Der DMB-Standpunkt:

Der Staat und sein Verwaltungsapparat müssen sich der **Digitalen Transformation** stellen und sich als **effizienter Dienstleister** für den Mittelstand etablieren. Eine moderne, digitale Verwaltung spart Zeit, reduziert Bürokratie und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Nur durch diesen konsequenten Wandel kann der Mittelstand als Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft auch in der digitalen Zukunft bestehen.

6 **Fördern und Fordern:** Arbeitsmarktpotenziale besser nutzen

Der Mittelstand steht unter massivem Druck, ausreichend **Fach- und Arbeitskräfte** zu gewinnen. Zugleich bleiben viele Potenziale des Arbeitsmarktes ungenutzt. Eine kluge Arbeitsmarktpolitik, die sowohl **fördert** als auch **fordert**, kann die entscheidende Wende bringen.



Die DMB-Forderungen:

- **Einführung eines nationalen Fachkräftesicherungsprogramms:** Ein bundesweites Programm zur Förderung von **Umschulungen und Weiterbildungen** sowie zur gezielten **Integration von Langzeitarbeitslosen** soll ungenutzte Arbeitskräftepotenziale mobilisieren und Unternehmen dabei unterstützen, Personalengpässe zu überwinden.
- **Ausbau des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes:** Der Abbau langwieriger **bürokratischer Prozesse** ist dringend notwendig. Dazu gehören die **schnellere Visavergabe**, die **Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse** sowie die Einrichtung einer **zentralen Anlaufstelle** für alle Visaverfahren, um Fachkräften den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- **Konsequente Digitalisierung des Einwanderungsverfahrens:** Ein **vollständig digitalisiertes Einwanderungsverfahren** beschleunigt die Prozesse, entlastet die Ausländerbehörden und schafft Transparenz für Unternehmen und Fachkräfte gleichermaßen.
- **Attraktivität Deutschlands als Fachkräfteeinwanderungsland erhöhen:** Der Staat muss eine **Willkommenskultur** fördern, um ausländische Fachkräfte langfristig zu binden. Maßnahmen wie **Onboarding-Programme, Sprachkurse**, Unterstützung bei **Wohnungssuche, Kinderbetreuung** und **Familiennachzug** sind hier entscheidend.
- **Weiterführung und Ausbau des Teilhabechancengesetzes:** Dieses Gesetz muss weiterentwickelt werden, um **Anreizsysteme für Unternehmen** zu schaffen, die gezielt Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose anbieten. Dies fördert soziale Teilhabe und Arbeitsmarktintegration.
- **Unterstützung von Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung:** Erweiterte **Informationsangebote** und gezielte **Förderprogramme** sollen Unternehmen helfen, Fachkräfte zu gewinnen und langfristig zu halten. Dazu gehören beispielsweise finanzielle Anreize für die Rekrutierung und Schulung von Personal.
- **Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer:** Durch **steuerliche Vorteile** und **flexible Arbeitszeitmodelle** können ältere Arbeitnehmer länger in Unternehmen gehalten werden.
- **Stärkung der Beschäftigung von Frauen:** Die **Novellierung des Entgelttransparenzgesetzes** gemäß der EU-Richtlinie ist notwendig, um gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit sicherzustellen – unabhängig vom Geschlecht.
- **Einführung des Mutterschutzes für Selbstständige und Reform des Elterngeldes:** Selbstständige müssen die gleichen Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen wie Angestellte erhalten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu stärken. Die Reform des **Elterngeldes** sollte hier praxisorientierte Verbesserungen bringen.
- **Erhöhung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** **Förderung von Homeoffice und mobiler Arbeit:** Unternehmen sollen flexible Arbeitsmodelle ermöglichen, ohne gesetzlich zur Einführung verpflichtet zu werden. Sowie **Ausbau der Kinderbetreuung:** Ein flächendeckendes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten sowie Erleichterungen bei der Pflege von Angehörigen sind notwendig, um Familien zu entlasten und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- **Stärkung der Vertrauensarbeitszeit und Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit:** Unternehmen und Beschäftigte benötigen moderne Arbeitszeitmodelle, die sowohl **Flexibilität** als auch **Schutz** bieten. Vertrauensarbeitszeit in Verbindung mit einer klar definierten wöchentlichen Höchstarbeitszeit ermöglicht Planbarkeit und verhindert Überlastung.



Der DMB-Standpunkt:

Eine kluge Arbeitsmarktpolitik, die **fördert und fordert**, aktiviert ungenutzte Potenziale und schafft die Rahmenbedingungen, die der Mittelstand braucht, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Der Staat, die Unternehmen und die Gesellschaft müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen, um den Arbeitsmarkt zukunftsfähig zu gestalten.

7 Sozialversicherung: Beitragslast senken, Systeme modernisieren

Die Sozialversicherung ist die Herzkammer des deutschen Sozialstaats. Doch steigende Abgaben, ineffiziente Strukturen und der demografische Wandel bedrohen ihre Tragfähigkeit und belasten Unternehmen wie Beschäftigte gleichermaßen. Die Gesamtbelastung aus Sozialversicherungsbeiträgen liegt derzeit bei über 40 Prozent der Bruttolohnsumme – ein dauerhaft untragbarer Zustand für den Mittelstand.



Die DMB-Forderungen:

- **Beitragslast reduzieren und Planungssicherheit schaffen:** Deckelung der Sozialabgaben auf unter 40 Prozent der Bruttolohnsumme. Dies schafft Planungssicherheit für Unternehmen und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands.
- **Faire Krankenkassenbeiträge für Selbstständige:** Der **Mindestbeitrag** zur gesetzlichen Krankenversicherung für Soloselbstständige muss einkommensgerecht gesenkt werden, um übermäßige Belastungen zu vermeiden.
- **Freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige reformieren:** Die freiwillige Arbeitslosenversicherung für Soloselbstständige muss flexibler und bürokratieärmer gestaltet werden. Beiträge und Leistungen sollen besser an die Bedürfnisse von Unternehmern angepasst werden.
- **Flexiblere Modelle zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf:** Unternehmer und Beschäftigte brauchen flexible Pflegezeitmodelle sowie steuerliche Anreize, um die Pflege von Angehörigen besser mit dem Arbeitsalltag zu verbinden.
- **Lebensarbeitszeit flexibel und anreizbasiert verlängern:** Angesichts der steigenden Lebenserwartung ist eine weitere Förderung flexibler Übergänge in den Ruhestand nötig. Bestehende Modelle wie die Flexirente sollten stärker genutzt und ausgebaut werden, etwa durch attraktivere steuerliche Rahmenbedingungen und zusätzliche finanzielle Anreize für längere Erwerbstätigkeit. Unternehmen sollten gleichzeitig mehr Flexibilität erhalten, um erwerbstätige Rentner bedarfsgerecht und praxisnah einbinden zu können.
- **Obligatorische Altersvorsorge für Soloselbstständige:** Soloselbstständige müssen verpflichtend in ein Altersvorsorgesystem einzahlen. Dabei muss es eine **Wahlfreiheit** zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und privaten Vorsorgeformen geben.
- **Überführung von Pensions- und Versorgungssystemen in die GRV:** Das Pensionssystem für Beamte sowie die Versorgungssysteme für Abgeordnete und Minister müssen schrittweise in die **gesetzliche Rentenversicherung** überführt und stufenweise angeglichen werden. Dies schafft Gerechtigkeit, stärkt die Beitragszahlerbasis und öffnet zukünftige Reformpfade der GRV.
- **Stärkung der betrieblichen Altersversorgung (bAV):** Durch vereinfachte Verfahren, mehr Transparenz und gezielte Förderung müssen die **Akzeptanz und Verbreitung** der betrieblichen Altersvorsorge wieder gestärkt werden.
- **Digitalisierung und Entbürokratisierung der Meldeverfahren:** Unternehmen müssen bei der Abwicklung von Beitragsmeldungen und Anträgen entlastet werden. Digitale, automatisierte Verfahren sparen Zeit und Kosten.
- **Einführung einer kapitalgedeckten Altersvorsorge:** Um die langfristige Stabilität und Fairness des Rentensystems zu gewährleisten, fordern wir die Einführung einer kapitalgedeckten Altersvorsorge in Form einer Aktienrente, die durch Flexibilität, Sicherheit und gezielte Förderung überzeugt. Dieses Modell bietet eine nachhaltige Ergänzung zur gesetzlichen Rente, nutzt die Wachstumschancen der Kapitalmärkte und schafft eine verlässliche Absicherung im Alter.



Der DMB-Standpunkt:

Die Sozialversicherung muss **modernisiert** sowie **gerechter** und **planbarer** gestaltet werden. Dafür braucht es Reformen und Mut zu Veränderungen. Die Senkung der Beitragslast, eine kapitalgedeckte Altersvorsorge und die Integration aller Berufsgruppen in die Vorsorgesysteme sind zentrale Schritte. Der Mittelstand braucht ein effizientes Sozialsystem, das Unternehmen nicht belastet, sondern unterstützt und gleichzeitig soziale Sicherheit langfristig garantiert.

8 Bildung und Qualifikation: Die nächste Generation sichern

Die deutsche Bildungslandschaft steht vor großen Herausforderungen. Lehrer- und **Fachkräftemangel**, unzureichende digitale Kompetenzen und fehlende Praxisnähe gefährden die Zukunft des Mittelstands. Eine umfassende Reform muss **Berufsorientierung**, **digitale Weiterbildung** und die Stärkung von MINT-Kompetenzen in den Mittelpunkt stellen.



Die DMB-Forderungen:

- **Ausweitung des MINT-Bildungsangebots:** Der Ausbau der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in der ersten und zweiten **Sekundarstufe** hat oberste Priorität, um dem akuten MINT-Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Der Bund muss die Länder gezielt unterstützen, um strukturelle Defizite zu überwinden und die **MINT-Ausbildung zu stärken**.
- **Reform der schulischen Berufsorientierung:** Eine frühzeitige und praxisnahe **Berufsorientierung** ab der Grundschule ist notwendig, um das Gleichgewicht zwischen **dualer Ausbildung und Studium** zu fördern. Praktische Einblicke in Berufe und Branchen helfen, junge Menschen besser auf ihre berufliche Zukunft vorzubereiten.
- **Staatlich geförderte Weiterbildung in digitalen Kompetenzen:** Die Vermittlung **digitaler Schlüsselkompetenzen** wie IT-Grundlagen, Programmierung oder Anwendung von Künstlicher Intelligenz muss staatlich gefördert und praxisorientiert gestaltet werden. Dies sichert die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands und bereitet die Arbeitskräfte auf digitale Herausforderungen vor.
- **Förderung der dualen Berufsausbildung:** Die duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell, das gestärkt werden muss. **Berufsworkshops**, zielgruppengerechte Beratungsangebote und regelmäßige **Praktika** an allen Schulformen machen die Ausbildung attraktiver und bieten Jugendlichen klare Perspektiven.
- **Präventivmaßnahmen zur Reduzierung der Abbruchrate von Ausbildungen:** Maßnahmen wie **Mentoring**, Nachhilfe oder psychosoziale Begleitung sollen gezielt Ausbildungsabbrüche verhindern. Eine bessere Unterstützung sichert den langfristigen Erfolg des dualen Systems.
- **Förderung des Themas „Wirtschaft“ in Schulen:** Praxisnaher **Wirtschaftsunterricht** mit Fokus auf Unternehmensgründung und betriebswirtschaftliche Kompetenzen fördert **unternehmerisches Denken** und bereitet die nächste Generation auf die Anforderungen des Mittelstands vor.
- **Stärkere Einbindung von beruflichen Praktikern in die Berufsorientierung:** Experten aus dem Mittelstand sollen verstärkt in den Schulunterricht integriert werden, um realistische Einblicke in **Berufe und Karrierewege** zu bieten und die Ausbildungsentscheidung praxisnah zu unterstützen.
- **Ausbau von dualen Studiengängen und Kooperationen mit Mittelständlern:** Duale Studiengänge verbinden Praxis und Theorie und sind entscheidend für die Fachkräftesicherung. Mittelständische Unternehmen sollten gezielt bei der Entwicklung und Umsetzung solcher Programme unterstützt werden.
- **Einführung eines Bildungsfonds für strukturschwache Regionen:** Ein staatlich finanzierter **Bildungsfonds** soll gezielt Programme in **ländlichen und strukturschwachen Regionen** fördern, um Chancengleichheit zu sichern und regionale Bildungsdefizite abzubauen.
- **Frühzeitige Sprachförderung:** Um Chancengleichheit von Anfang an zu gewährleisten, fordern wir eine stärkere Förderung der sprachlichen Kompetenzen von Kindern. Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und beruflichem Erfolg – ohne solide Sprachkenntnisse stehen jungen Menschen nicht nur bei der Aufnahme einer Ausbildung, sondern auch auf anderen beruflichen Wegen oft unnötige Hürden im Weg.



Der DMB-Standpunkt:

Die Zukunft des Mittelstands steht und fällt mit der **Qualifikation der nächsten Generation**. Der Schwerpunkt muss auf der **Stärkung von MINT-Kompetenzen, der Digitalisierung von Bildung und der Förderung praxisnaher Ausbildung** liegen. Bildung ist die Basis, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern.

9 **Handel:** Zugang zu globalen Märkten in turbulenten Zeiten sichern

Die internationalen Märkte befinden sich im Umbruch: Handelskonflikte, geopolitische Spannungen und die Folgen der US-Wahl 2024 wirken sich direkt auf den globalen Handel aus. Für den deutschen Mittelstand sind zuverlässige Handelsbeziehungen entscheidend, um in einem zunehmend volatilen Umfeld zu bestehen und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.



Die DMB-Forderungen:

- **Stärkung Europas als Wachstumsmarkt:** Der Abbau von **nichttarifären Handels- und Wachstumshemmnissen** innerhalb Europas muss Priorität haben, um den europäischen Binnenmarkt als stabilen Wachstumsraum zu stärken.
- **Gezielte Förderung grenzüberschreitender Projekte und Zukunftsindustrien:** Durch gezielte Unterstützung und Vernetzung von Unternehmen, Branchen und Zukunftstechnologien soll Europa gegenüber **geopolitischen Risiken resilienter** werden.
- **Diversifizierung internationaler Partnerschaften:** Eine gezielte **Diversifizierung von Handels- und Rohstoffpartnerschaften** ist notwendig, um Abhängigkeiten zu reduzieren. Dies betrifft besonders den Bezug **kritischer Rohstoffe** wie von Lithium, grünem Wasserstoff oder Seltenen Erden.
- **Beschleunigung von Handelsabkommen mit Zukunftsmärkten:** Die Europäische Union sollte bestehende **Freihandelsabkommen beschleunigen** und neue Partnerschaften mit **wachstumsstarken Regionen** in Südostasien, Afrika und Südamerika vorantreiben, um den Zugang zu wichtigen Absatzmärkten zu sichern.
- **Stärkung des globalen Handels:** Deutschland sollte sich mit den europäischen Partnern verstärkt für freien Handel am Weltmarkt und die Schlichtungsmöglichkeiten der Welthandelsorganisation (WTO) einsetzen. Dabei ist die Überrepräsentation von Einzelinteressen großer Staaten und Konzernen bei der WTO transparent abzubauen.
- **Aufbau einer resilienten Logistikinfrastruktur:** Der Mittelstand ist auf funktionierende globale Lieferketten angewiesen. Eine Stärkung der **Hafen-, Schienen- und Transportinfrastruktur** sowie die Förderung **digitaler Logistikplattformen** sichern den Warenfluss auch in Krisenzeiten.

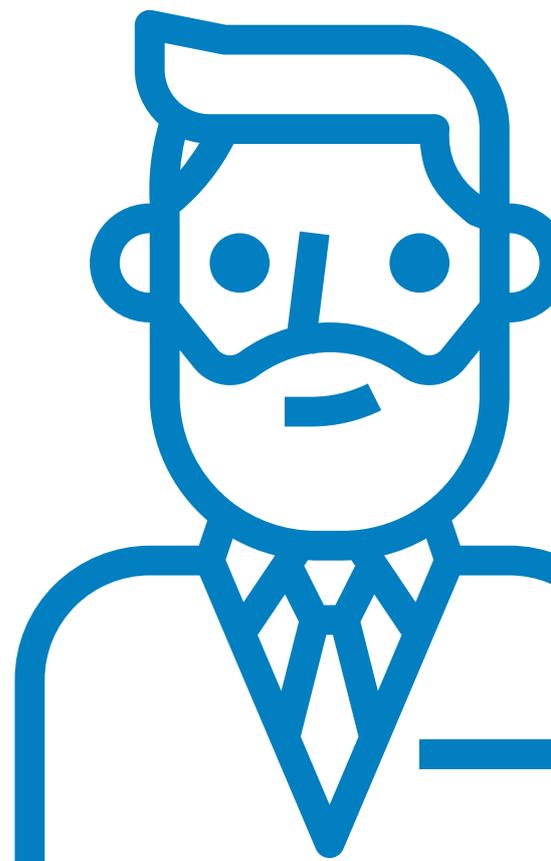


Der DMB-Standpunkt:

Die deutsche Wirtschaft profitiert von offenen Märkten und Grenzen. Der Mittelstand braucht daher verlässliche Handelsbeziehungen und einen strategischen Zugang zu globalen Märkten. Die Diversifizierung von Partnerschaften, der Abbau von Handelshemmnissen und der Aufbau resilienter Logistikinfrastrukturen sind der Schlüssel, um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen in unsicheren Zeiten zu gewährleisten.

10 Unternehmensnachfolge und Gründung: Prozesse modernisieren, Zukunft sichern

Die Nachfolgesituation im Mittelstand spitzt sich zu: Jährlich stehen rund 125.000 mittelständische Unternehmen zur Übergabe bereit, doch geeignete Nachfolgerinnen und Nachfolger fehlen oft. Hinzu kommt, dass viele potenzielle Gründer durch bürokratische Hürden, Kapitalmangel oder fehlende Anreize abgeschreckt werden. Dies gefährdet Arbeitsplätze, Innovationskraft und ganze Wertschöpfungsketten. Es braucht gezielte Maßnahmen, um Unternehmensnachfolge zu erleichtern und Gründungen aktiv zu fördern.



Die DMB-Forderungen:

- **Zentrale digitale Anlaufstelle für Unternehmensnachfolge:** Die Einführung eines **One-Stop-Shops** für Unternehmensübergaben soll Genehmigungsverfahren bündeln, Bürokratie reduzieren und einen klaren Überblick über Fördermöglichkeiten bieten. Dies erleichtert sowohl familieninterne als auch externe Übergaben.
- **Steueranreize für Nachfolger und Gründer:** Steuerliche Vergünstigungen sollen die Übernahme bestehender Unternehmen erleichtern. Insbesondere bei **familieninternen Nachfolgen** oder bei **Übernahmen durch Mitarbeiter** müssen steuerliche Hürden abgebaut werden, um Anreize zu schaffen.
- **Erleichterter Zugang zu Kapital:** Der Ausbau von **Förderprogrammen**, die Bereitstellung **zinsgünstiger Kredite** und die Einführung **staatlicher Bürgschaften** für Unternehmensübernahmen und Gründungen sind essenziell. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer benötigen zielgerichteten Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten, um Übergaben erfolgreich zu gestalten.
- **Förderung von Start-ups und Innovationskooperationen:** Die Gründung und Zusammenarbeit von Start-ups mit etablierten Mittelständlern muss aktiv gefördert werden. Modelle wie **External Corporate Venturing** oder Kooperationen stärken die Innovationskraft und eröffnen neue Märkte für den Mittelstand.
- **Anreize für Mitarbeiterübernahmen:** Unternehmen, die keine externen Nachfolger finden, sollen durch **finanzielle Anreize** oder **Beratungshilfen** zur **Mitarbeiterübernahme** unterstützt werden. Belegschaftsgetragene Modelle (z. B. Management-Buy-outs) können so gestärkt werden.
- **Förderung von Gründungsinitiativen an Schulen und Hochschulen:** Junge Menschen müssen frühzeitig für das Unternehmertum begeistert werden. **Gründungswettbewerbe, Lehrprogramme** und **Beratungsangebote** an Schulen und Hochschulen können den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern und das Interesse an Unternehmensnachfolgen wecken.
- **Digitale Matching-Plattform für Nachfolger und Übergeber:** Eine **digitale Matching-Plattform** soll gezielt Nachfolger und übergabebereite Unternehmen vernetzen. Dies erleichtert die Suche nach geeigneten Kandidaten und beschleunigt Übergabeprozesse. Dafür muss die bestehende Plattform nexxt-change umfassend von einer reinen Vermittlungsbörse zu einer zeitgemäßen Matching-Plattform – weiterentwickelt werden.



Der DMB-Standpunkt:

Gründungen und Unternehmensnachfolgen sind **zukunftsentscheidend**. Ein gezielter Fokus auf **digitale Anlaufstellen, steuerliche und finanzielle Anreize** sowie die Förderung von **Start-ups** und **Gründerinitiativen** schafft die Voraussetzungen, um erfolgreiche Übergaben zu sichern und das Unternehmertum in Deutschland zu stärken.

Fazit: Den Mittelstand als Zukunftsmotor stärken

Der Mittelstand ist der Antrieb der deutschen Wirtschaft und entscheidend für Stabilität, Innovation und Beschäftigung. Doch dieser Antrieb gerät zunehmend unter Druck: Fachkräftemangel, steigende Energiekosten, bürokratische Hürden und unzureichende Investitionen gefährden die Zukunftsfähigkeit unserer Unternehmen.

Die DMB-Zukunftsagenda 2030 zeigt klare Wege auf, um den Mittelstand zu entlasten und zu stärken:

- **Steuerbelastung abbauen:** Nur mit einer wettbewerbsfähigen Steuerbelastung können Anreize für massive Investitionen in die Zukunft unserer Wirtschaft geschaffen werden.
- **Bürokratie reduzieren:** Ein konsequenter Abbau von Vorschriften und digitale Verwaltungsprozesse schaffen Freiräume für unternehmerisches Handeln.
- **Investitionen fördern:** Ein flexibler Umgang mit der Schuldenbremse und gezielte Anreize für Innovation und Wachstum sind unerlässlich.
- **Energiekosten stabilisieren:** Die Umsetzung der Energiewende mit klaren Kostenperspektiven und technologischer Förderung verhindert Wettbewerbsnachteile.
- **Fachkräfte gewinnen und qualifizieren:** Bildung, Einwanderung und flexible Arbeitsmodelle sichern das Potenzial für die Arbeitswelt von morgen.
- **Nachfolge und Gründung erleichtern:** Steuerliche Anreize, verbesserter Zugang zu Kapital und moderne Plattformen sorgen dafür, dass Unternehmen in die nächste Generation geführt werden.
- **Internationale Resilienz stärken:** Diversifizierte Handelsbeziehungen und zuverlässige Lieferketten sichern den Zugang zu globalen Märkten und Rohstoffen.

Der Mittelstand braucht Planungssicherheit, Entlastung, Vereinfachung und passgenaue Förderung, um seine Antriebskraft für die deutsche Wirtschaft auch in Zukunft zu erfüllen. Jetzt ist die Zeit für mutige Reformen, die wirtschaftliche Dynamik freisetzen und Deutschland nachhaltig stärken.

Über den DMB

Der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) e.V. ist der Bundesverband für kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland. Der DMB wurde 1982 gegründet und sitzt in Düsseldorf. Unter dem Leitgedanken „Stark im Wir“ vertritt der DMB die Interessen seiner rund **30.000 Mitgliedsunternehmen mit über 750.000 Beschäftigten**. Damit gehört der DMB mit seinem exzellenten Netzwerk in Wirtschaft und Politik zu **den größten unabhängigen Interessen- und Wirtschaftsverbänden in Deutschland**. Der Verband ist politisches Sprachrohr und Dienstleister zugleich, unabhängig und leistungsstark. Spezielle Themenkompetenz zeichnet den DMB in den Bereichen Digitalisierung, Nachfolge, Finanzen, Internationalisierung, Energiewende und Arbeit & Bildung aus. Als dienstleistungsstarker Verband bietet der DMB seinen Mitgliedsunternehmen zudem eine Vielzahl an Mehrwertleistungen. Weitere Informationen finden Sie unter www.mittelstandsbund.de.

